

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

AIDS bis 2030 beenden – Berlin braucht einen Aktionsplan zur Bekämpfung von HIV, Hepatitis B und C und anderen sexuell übertragbaren Infektionen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

- Der Senat wird aufgefordert, einen Senatsbeschluss über einen Aktionsplan zur Eindämmung von HIV, Hepatitis B und C sowie anderen sexuell übertragbaren Infektionen und Tbc zu fassen.
- Der Aktionsplan soll sich an dem vorgeschlagenen Aktionsplan des Fast-Track-Cities-Netzwerks Berlin orientieren und Maßnahmen aus den Handlungsfeldern Diskriminierung und Stigmatisierung, bedarfsorientierte Angebotsgestaltung, Prävention, Test und Diagnose sowie Versorgung beinhalten.
- Die Erarbeitung des Aktionsplans sowie die Umsetzung der darin vorgesehenen Maßnahmen erfolgen ressortübergreifend und in enger Zusammenarbeit mit dem Berliner Fast-Track-Cities-Netzwerk.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. August 2026 zu berichten.

Begründung

Berlin hat sich mit dem Beitritt zum Fast-Track-Cities-Netzwerk dem Ziel verpflichtet, AIDS bis zum Jahr 2030 zu beenden, das als Zwischenziel für 2025 die Zielstellung 95-95-95-0 beinhaltet. 95 Prozent aller Menschen, die mit HIV leben, sollen ihren HIV-Status kennen. Davon sollen 95 Prozent eine antiretrovirale Therapie (ART) erhalten. Bei 95 Prozent der Behandelten sollte die Viruslast unter der Nachweisgrenze liegen. Eine nicht nachweisbare Viruslast bedeutet zugleich, dass HIV nicht mehr übertragen werden kann (N = N). Die 0 steht für Null Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen mit HIV.

Berlin verfügt über jahrzehntelange, international anerkannte Erfahrung in der Bekämpfung von HIV und AIDS und steht daher vergleichsweise gut da. Dennoch bestehen weiterhin

erhebliche Herausforderungen auf dem Weg, die AIDS-Epidemie zu beenden. Insbesondere bei der Erkennung von Infektionen gibt es Defizite. Derzeit wissen nur 93 Prozent der Personen in Berlin und Brandenburg, die mit HIV leben, von ihrer Infektion. Gerade bei Frauen und älteren Menschen wird die Diagnose oft verspätet gestellt, weil sie gesellschaftlich und medizinisch nicht als Hauptzielgruppe bei der Bekämpfung von AIDS und HIV gelten. Die erste 95 wird damit verfehlt. Bei den übrigen Zwischenzielen können die 95-Prozent-Ziele zwar erreicht werden. Gerade bei der Versorgung von bestimmten sozial benachteiligten und marginalisierten Zielgruppen, etwa Obdach- und Wohnungslosen, Drogenkonsumierenden und Menschen ohne Krankenversicherung, gibt es jedoch Probleme.

Ein weiteres zentrales Hemmnis bleibt die fortbestehende Stigmatisierung und Diskriminierung von Menschen mit HIV, Hepatiden, STI und Tbc. Trotz medizinischer Fortschritte halten sich in der Bevölkerung falsche Annahmen über Übertragungsrisiken.

Zu besserer Bekämpfung von AIDS und zur Erreichung der UNAIDS-Ziele hat das Fast-Track-Cities Netzwerk Berlin dem Senat einen Entwurf für einen Aktionsplan zur Eindämmung von HIV, Hepatitis B und C, anderen sexuell übertragbaren Infektionen (STI) und Tbc vorgelegt. Der Aktionsplan beinhaltet umfangreiche Maßnahmenempfehlungen in den fünf Handlungsfeldern Diskriminierungsabbau, bedarfsorientierte Angebotsgestaltung, Prävention, Testung und Diagnose sowie Versorgung. Der Entwurf stellt damit eine fundierte Grundlage für einen landesweiten Aktionsplan dar und sollte vom Senat aufgegriffen werden.

Bei der Erstellung des Aktionsplans sollen ausdrücklich Bevölkerungsgruppen berücksichtigt und mit zielgerichteten, spezifischen Maßnahmen adressiert werden, die bislang nur unzureichend erreicht werden konnten. Bei der Diagnose müssen insbesondere Ärzt*innen für die Möglichkeit sensibilisiert werden, dass auch Frauen sowie ältere Menschen sich mit HIV infizieren. Menschen, die Drogen konsumieren, sollen durch den Ausbau von Testangeboten in Drogenkonsumräumen besser erreicht werden. Für Obdach- und Wohnungslose sowie Menschen in Haft müssen niedrigschwellige und aufsuchende Testangebote ausgebaut werden. Über eine Informations- und Aufklärungskampagne zur wissenschaftlich gesicherten Erkenntnis „Nicht nachweisbar = nicht übertragbar (N = N)“ müssen Fehlinformationen und Stigmatisierung in der Bevölkerung abgebaut werden.

Für den Erfolg eines solchen Aktionsplans ist eine ressortübergreifende Koordination notwendig. HIV-, Hepatitis-, STI- und Tbc-Prävention ist keine alleinige Aufgabe der Gesundheitsverwaltung, sondern berührt Sozial-, Integrations-, Justiz-, Innen-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik gleichermaßen. Nur durch abgestimmtes Handeln der beteiligten Ressorts, der Bezirke, der Strukturen für die medizinische Versorgung sowie der zivilgesellschaftlichen Akteure können Versorgungslücken geschlossen, Mehrfachdiskriminierungen abgebaut und die Ziele der Fast Track City Berlin nachhaltig erreicht werden.

Berlin, den 17. Februar 2026

Jarasch Graf Neugebauer Walter
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen

Helm Schulze Lederer Schatz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke